Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Abend-Ausgabe** zugestellt, während es die Post-Abonnenten am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

52. Jahrgang. № 352. Freitag, 20. Dezember 1907.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 90 Pf. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten die 6 undgeteilte 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Solide Taschenuhren
genau geprüft und reguliert, zu anerkannt vorteilhaften Preisen.

Gustav Smy
10 Moritzstrasse 10
Ecke KönigJohannstr.

Moderne Uhrketten
Aparte Neuheiten - Solide Fabrikate von 3 bis 200 Mark.

Für eilige Leser.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer regte Geh. Hofrat Opitz eine Hinausschiebung der Ferien an, um eventuell Stellung zu nehmen zu angeblichen Plänen der Reichsregierung, die auf eine bedeutende Steigerung der direkten Steuern der Einzelstaaten abzielen. Finanzminister Dr. v. Rüger erklärte hierzu namens der sächsischen Regierung eine unbedingt ablehnende Haltung.

Es ist die Gründung einer westafrikanischen Transport-Handels-Gesellschaft geplant.

Der Prozeß gegen Harden hat heute vormittag vor dem Berliner Landgericht begonnen; Harden ist erschienen.

Der norwegische Dampfer „Union" ist mit der gesamten Mannschaft bei Skien untergegangen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält heute zunächst Vizepräsident Opitz-Treuen (kons.) gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung das Wort. Im ausdrücklichen Auftrage seiner Parteifreunde richte er die Anfrage an die Kammer, ob es sich nicht empfehle, von dem Beschlusse, nach der heutigen Sitzung in die Weihnachtsferien zu gehen, abzuweichen und noch länger vor dem Feste zu tagen. Nur Gründe ernstester Art veranlaßten ihn zu dieser Anfrage, da inzwischen Ereignisse eingetreten seien, die eine sofortige Stellungnahme der Kammer notwendig machten. In einem Berliner Blatte habe eine Mitteilung gestanden, daß zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Blockparteien in Bezug auf die Reichsfinanzgesetzgebung Verhandlung stattgefunden hätten. Bei dieser Besprechung wäre ein Abkommen dahin getroffen worden, die sogenannte Veredelung der Matrikularbeiträge durchzuführen, das heißt, die Matrikularbeiträge nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten zu erheben. (Vielfaches Hört, hört!) Man könne schon ein ganz aufrichtiger Anhänger der Blockpolitik sein, und die Konservativen hätten dafür Beweise erbracht, und doch die allerschwersten Bedenken, und zwar vom speziell sächsischen Standpunkte aus, gegen die hier angeregten Modalitäten der Erhebung der Matrikularbeiträge hegen. Wenn er darauf hinweise, daß in Sachsen im Verhältnis gerade noch einmal so viel Einkommensteuer wie in Preußen erhoben werde, so werde man nicht die Folgen verkennen können, welche es haben müsse, wenn in Zukunft nicht nach dem Kopf, sondern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Matrikularbeiträge geleistet werden sollten. Hierzu komme, daß, wenn Sachsen in dieser ganz ungerechtfertigten Weise herangezogen werden solle, demgegenüber ihm nicht ein wesentlich erhöhtes Stimmrecht im Bundesrate eingeräumt werden solle. (Hört, hört!) Aber das, was er aus dem Berliner Blatte entnommen habe, sei noch nicht alles. Während bisher nach den Bestimmungen des sogenannten Mantelgesetzes bezüglich der Matrikularbeiträge die Einzelstaaten zu einer sofortigen Leistung von 40 Pfg. pro Kopf herangezogen werden dürften, so solle in Zukunft von ihnen eine Mark erhoben werden dürfen. Das würde bedeuten, daß im nächsten Jahre an das Reich 36 Millionen Mark mehr von den Einzelstaaten abzuführen sein würden. (Hört, hört!) Bezüglich der Verteilung auf die Einzelstaaten plane man eine Klasseneinteilung. Preußen solle die 1. Klasse, Sachsen, Bayern und die Hansastaaten die 2. Klasse, die Mittelstaaten die 3. und die sogenannten Kleinstaaten die 4. Klasse bilden. Weiter sei in Aussicht genommen, daß man in drei Jahren nach dem Durchschnittsergebnis der Erbschaftssteuer direkte Steuern für das Reich einführen wolle. (Vielseitiges Hört, hört!) Es würden dies Maßnahmen sein, die nicht durchgeführt werden könnten, ohne auf das Tiefste in die Landesangelegenheiten und die Finanzgebarung der Einzelstaaten einzugreifen. Die Verwirklichung dieser Pläne würde den Gedanken erschüttern, auf dem seinerzeit das Reich aufgebaut worden sei. Die noch für diesen Landtag in Aussicht gestellte grundsätzliche Regelung der Besoldungsverhältnisse würde infolge der erwähnten Maßnahmen des Reiches höchst wahrscheinlich sich nicht nur nicht durchführen lassen, sondern wir würden auch noch die Einkommensteuer um 20 Prozent erhöhen müssen. (Hört, hört!) In Rücksicht auf die weitgehenden und tiefgreifenden Folgen habe er diese Gerüchte zur Sprache gebracht und er hoffe, daß der Finanzminister sich über diese Angelegenheit noch heute äußere, damit sich die Kammer darüber schlüssig werde, ob sie noch jetzt Stellung zu den von ihm angeführten Fragen nehmen müsse.

Staatsminister Dr. v. Rüger: Auch der Regierung seien beunruhigende Gerüchte bekannt geworden über Abmachungen zwischen der Verwaltung des Reiches und den Mehrheitsparteien im Reichstage. Ob diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, sei der Regierung allerdings nicht bekannt. In rein formeller Hinsicht werde man sich wohl auf den Standpunkt stellen müssen, daß Angelegenheiten, die das Reich betreffen, zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Mehrheitsparteien getroffen werden könnten. Abmachungen von so außerordentlicher Tragweite aber, wie sie der Vorredner erwähnt habe, könnten nicht, wenn auch nur vorläufig, vom Reichskanzler vereinbart werden, ohne vorher die Einzelstaaten zu benachrichtigen und ihnen rechtzeitig von dem Inhalte der Abmachungen Kenntnis zu geben. (Sehr richtig!) Schon aus diesem Grunde schenke er diesen Gerüchten keinen Glauben. Was die materielle Seite der Angelegenheit anlange, so wolle er den Standpunkt der sächsischen Regierung nicht nochmals darlegen, um so mehr, da er erst kürzlich in der Ersten Kammer eine dahingehende Erklärung abgegeben habe. Die sächsische Regierung werde jederzeit die finanzielle und politische Selbständigkeit des Königreichs aufrecht erhalten und aus diesem Grunde dem Plane, direkte Reichssteuern einzuführen, nicht beistimmen. Was aber den weiteren Plan, die Matrikularbeiträge weiter auszubauen, anlange, so werde die sächsische Regierung für die Absicht, den Einzelstaaten vorzuschreiben, in welcher Weise sie diese Beiträge zu erheben hätten, auf keinen Fall zu haben sein. (Beifall.) Die Matrikularbeiträge weiter auszugestalten, liege nicht im Sinne der Reichsverfassung. Die Kammer dürfe überzeugt sein, daß die Regierung solchen Plänen niemals ihre Zustimmung geben und sich mit Energie dagegen wenden werde. (Beifall.)

An diese Reden schließt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Schieck-Frankenberg (natl.): Ihm mache es den Eindruck, daß es dem Vizepräsidenten Opitz weniger um eine Anfrage, als um eine Interpellation zu tun gewesen sei. Nach der Erklärung der Regierung könne man zur Tagesordnung übergehen. — Abg. Günther-Plauen i. V. (freis.) ist auch der Meinung, daß die Anfrage auf Grund des § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung nicht zulässig gewesen sei. Jetzt müsse auch der Kammer Gelegenheit gegeben werden, sich über diese Finanzpläne zu äußern. — Abg. Goldstein-Zwickau (soz.) glaubt nicht an die Durchführung der Pläne. Es würde ja dann schließlich der ganze Etat umgeworfen werden. Die ganze Mitteilung bedeute nur einen Schreckschuß; man wolle die Banderolensteuer für die Zigarren in Sicherheit bringen und habe deshalb so weitgehende Pläne zu erkennen gegeben. — Abg. Hettner-Dresden (natl.) protestiert gegen die mit der Anfrage erfolgte Umgehung der Geschäftsordnung. — Vizepräsident Opitz rechtfertigt das Verhalten des Direktoriums. Was er gesagt habe, seien nur Ausführungen zur Begründung seiner Anfrage gewesen, eine Interpellation habe er nicht bemänteln wollen. Im übrigen sei er der Ansicht der Vorredner, daß die Angelegenheit nach dem Wiederzusammentritt des Landtags weiter verfolgt werde. — Abg. Langhammer-Chemnitz (natl.): Seine Fraktion sei vollständig überrascht worden von der Anfrage. Es sei zweckmäßig und Pflicht der Konservativen gewesen, die nationalliberale Fraktion von der beabsichtigten Anfrage vorher zu benachrichtigen, damit diese hätte Stellung nehmen können. Die Sache sei so wichtig, daß die Abgeordneten sich auch mit ihren Wählern in Verbindung setzen müßten. — Abg. Zimmermann-Dresden (Reformer) vertritt den Standpunkt des Direktoriums, indem er betont, daß außerordentliche Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen bedingten. — Abg. Dr. Vogel-Dresden (natl.): Außerordentlich wichtige Fragen müßten sobald wie möglich erledigt werden, aber der Weg, der hier beschritten worden sei, sei bedenklich, die Blockpolitik werde dadurch gefährdet. — Vizepräsident Opitz wendet sich auf das Energischste gegen den Vorwurf, die konservative Partei habe mit Absicht den anderen Parteien keine Mitteilung von der Angelegenheit gemacht. — Abg. Goldstein: Er frage sich vergeblich, warum die sächsische Regierung in Berlin einen Vertreter habe, wenn wir erst am Donnerstag früh erführen, was am Dienstag früh mit dem Reichskanzler verhandelt worden sei. Die Möglichkeit der Benachrichtigung der anderen Mitglieder sei wohl gegeben gewesen. Die Ansicht Zimmermanns könne er nicht teilen, denn dann könne man jeden Staatsstreich rechtfertigen. — Vizepräsident Dr. Schill-Leipzig (natl.): Die Art, wie Vizepräsident Opitz seine Anfrage begründet habe, dürfe man nicht dem Direktorium zuschieben; auf diese Ausführungen des Anfragenden habe das Direktorium keinen Einfluß. — Abg. Günther: Bereits am Mittwoch nach mittag habe man sich im Hause allgemein erzählt, daß die Konservativen eine Sitzung zur Besprechung der Angelegenheit anberaumt hätten. — Abg. Langhammer: Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit hätte es gar nichts verschlagen, wenn die Kammersitzung auf den Nachmittag verschoben worden wäre, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu den Fragen Stellung zu nehmen. — Präsident Dr. Mehnert: Die bloße Anfrage des Vizepräsidenten Opitz, die Ferien noch nicht eintreten zu lassen, würde nichts genützt haben, sondern sie mußte begründet werden. Es sei ihm der Vorwurf einer weitherzigen Auffassung der Geschäftsordnung gemacht worden. Weitherziger noch sei seine Auffassung, daß er die gegenwärtige Geschäftsordnungsdebatte in diesem Umfange zugelassen habe. (Sehr richtig!) — Vizepräsident Opitz: Von den Gerüchten, die ihn zu der Anfrage veranlaßt hätten, habe er gestern nachmittag Kenntnis erlangt und sei erst abends in der 7. Stunde zu dem Entschluß gekommen, eine Anfrage

Kunst und Wissenschaft.

†* **Bernhard Schneider**, der verdienstliche Leiter des nach ihm benannten hiesigen Damenchors, hat soeben seiner vorwiegend für Volksschulzwecke bestimmten Liedersammlung „Heimatstimmen" im Verlag von Steingräber (Leipzig) ein zweites Sammelwerk von Volksgesängen folgen lassen: „101 heitere Volkslieder für dreistimmigen Frauenchor". Mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Umsicht hat der Herausgeber die reichen Schätze der deutschen Volksliedliteratur, soweit sie dem 15. bis 19. Jahrhundert angehören, durchstöbert und vom Guten das Beste in seiner Sammlung vereinigt. Daß er sein Augenmerk gerade auf lustige Weisen und heitere Texte gelenkt hat, verdient besonderen Dank; denn an Liedern ernsteren Inhalts ist weit weniger Mangel. Sehr richtig bemerkt Schneider im Vorwort zu seiner Sammlung: „Der Deutsche neigt zur Sentimentalität. Auch in seinen Liedern. Selbst bei froher Laune singt er eine traurige Weise. Als ob es keine fröhlichen Lieder gäbe! Auch im deutschen Volksliede lebt ein kerniger Humor, frei von aller Engherzigkeit und voll von überschäumender Lebenslust." Die Schneidersche Sammlung beweist dies, nicht bloß durch die mehrfach vertretenen mundartlichen Liedlein, sondern auch durch die vielen lustigen Lieder mit hochdeutschem Texte. Ueber den verschiedenartigen Inhalt der Sammlung geben die folgenden Teilüberschriften Aufschluß: Scherz- und Schelmenlieder, Schlummer- und Koselieder, Tanz- und Reigenlieder, Natur- und Tierleben, Idyllen, Romanzen und Balladen, Jahreslauf, Berufslieder, Liebeslieder. Der drei-, vereinzelt auch vierstimmige Satz der Lieder ist allenthalben vom Herausgeber selbständig bearbeitet worden und verrät — den vorgenommenen Stichproben nach — den erfahrenen und interessant gestaltenden Musiker. Wertvoll sind auch die jedem Liede beigefügten Angaben über die Herkunft von Text und Melodie. Die (übrigens sehr wohlfeile) Sammlung verdient die Beachtung aller, die für das deutsche Volkslied Herz und Sinn haben, insonderheit aber wird sie allen Leitern von Frauenchören willkommen sein. —dt.

†* Der Kaiser und die Schack-Galerie. Während des Empfanges beim Reichskanzler am Dienstag abend hatte der Kaiser mit dem Münchener Oberbürgermeister v. Borscht eine längere Unterredung. Wie die „M. N. N." melden, sprach er bei dieser Gelegenheit u. a. auch über den Neubau der Schack-Galerie. Er sei, so bemerkte er, erstaunt, zu hören, daß der Neubau schon unter Dach sei. Die Galerie bekomme ein schönes Haus, für das er alles tun wolle. Hierbei tat der Kaiser die im jetzigen Moment bedeutungsvolle Aeußerung: „Sie wissen gar nicht, wie viel Schwierigkeiten es mich gekostet hat, die Galerie für München zu erhalten." Er schloß mit den Worten: „Wir wollen die Galerie recht schön einweihen." Der Kaiser hat ferner noch von seiner Absicht gesprochen, das Gebäude zu einer Zierde der Stadt München zu machen. Er legte großen Wert darauf, daß es möglichst nach seinen Plänen aufgeführt worden sei, insbesondere, daß die Räume der Galerie nicht eine eigentliche Gemäldesammlung, sondern eine Art vornehmer Salons darstellten.

†* Für das Berliner Lustspielhaus ist soeben, wie Berliner Blätter melden, ein interessantes Engagement abgeschlossen worden. Fräulein Serda, vordem Mitglied des Dresdner Hoftheaters, zurzeit am Wiener Hofburg-Theater tätig, ist vom Direktor Dr. Zickel engagiert worden.

† Ein bisher unveröffentlichter Brief Beethovens wurde in Wien dem scheidenden Direktor der dortigen Hofoper Gustav Mahler als Abschiedsgeschenk von Freunden überreicht. Der Inhalt des Briefes bezieht sich auf die Oper „Fidelio", welche Mahler in nie gesehener künstlerischer Vollendung auf der Wiener Hofbühne zur Aufführung brachte. Der Brief selbst lautet: „10. April 1806. Lieber Meyer! Ich bitte, den Herrn v. Seyfried zu ersuchen, daß er heute meine Oper dirigiert. Ich will sie heute selbst in der Ferne ansehen und hören. Wenigstens wird dadurch meine Geduld nicht so auf die Probe gesetzt, als nebebei meine Musik verhunzen zu hören. Ich kann nicht anders glauben, als daß es mir zu Fleiß geschieht. Von den blasenden Instrumenten will ich nichts sagen, aber laß alle ppp und alle ff aus meiner Oper ausstreichen, sie werden doch alle nicht gemacht. Mir vergeht alle Lust, weiter etwas zu schreiben, wenn ich solches hören soll. Morgen oder übermorgen hole ich dich ab zum Essen. Ich bin heute wieder übel. Dein Freund Beethoven." — Friedrich Sebastian Meyer, an den der Brief gerichtet ist, war Bassist an der Oper und sang im „Fidelio" den Pizarro. Wie verlautet, wird die erste Tat von Weingartner, dem Nachfolger Mahlers, sein, den „Fidelio" neu zu inszenieren, er wird dabei die Zweiteilung der Bühne im ersten Akt aufgeben und den Gefängnishof und die Schlußdekoration weglassen.

† Von einer verlorenen Tragödie des Euripides, der „Hypsipyle", ist ein kostbares Bruchstück zum Vorschein gekommen. Der Fund gehört zu den Entdeckungen der letzten wichtigen Ausgrabungen, welche P. Greenfell im Verein mit Hunt zu Oxyrrhynchus unternommen hat. Sie brachten eine ganze Reihe wertvoller Papyri ans Licht, so das Fragment eines Evangelienstückes, eine neue Ode des Pindar, welche für die Bewohner der kleinen Insel Ceos gedichtet war und die Freuden des „einfachen Lebens" besingt. Das Bruchstück aus der Tragödie des Euripides umfaßt 300 Verse, welche über das ganze Stück verstreut sind. Sie lassen Aufbau und Inhalt des Dramas deutlich erkennen.

Emil Richters Kunstsalon.

Auch in Emil Richters Kunstsalon sieht es zurzeit recht weihnachtlich aus, fast zu weihnachtlich, denn das bunte Durcheinander von mehr oder minder wertvollen Bildern, Zeichnungen, Bronzen und Stickereien erinnert lebhaft an den Zustand einer Weihnachtsstube, indem die lieben Kleinen die bei der Bescherung empfangenen Gaben aus der Ordnung gebracht haben, sodaß ein späterer Besucher Mühe hat, sich darüber zu unterrichten, welche Kostbarkeiten hier eigentlich aufgestellt worden sind.